

Indien bei der Habitat-Konferenz

von Claudia Warning

Die UN-Konferenz Habitat II "The City Summit" war die letzte der großen UN-Konferenzen in diesem Jahrtausend und beschäftigte sich vor allem mit "nachhaltiger Stadtentwicklung" und "angemessenem Wohnraum für alle". An der Konferenz haben rund 11.000 offizielle Delegierte aus 141 Staaten teilgenommen. Weitere rund 8.000 Personen besuchten die parallelen Aktivitäten, wie NGO-Forum und Treffen von Parlamentariern, Wissenschaftlern, Bürgermeistern usw. Etwa 1.500 Nichtregierungsorganisationen, darunter zahlreiche aus Indien, waren akkreditiert.

Schon im Vorfeld der Konferenz auf der Vorbereitungssitzung in New York war klar geworden, daß das Dokument, das in Istanbul erarbeitet werden sollte, die "Habitat Agenda", in wichtigen Teilen strittig war: Ein zentraler Punkt war das "Recht auf Wohnen", an dem sich die Gemüter erhitzen. Hatte die EU einen eindeutigen Standpunkt für ein Recht auf Wohnen eingenommen, so hatte sich schon in New York abgezeichnet, daß sowohl die USA als auch Indien als zwei wichtige Nationen sich gegen eine Festschreibung des Rechts auf Wohnen stark machten.

Gerade für Indien kann dies ein brisanter Passus sein, da große Teile der städtischen Bevölkerung nach wie vor

Squatter, d.h. illegal sind. Sollte das Recht auf Wohnen als einklagbares Recht festgeschrieben werden, hätte dies für die indischen Regierungen auf allen Ebenen erhebliche Auswirkungen. Es würde sozusagen die gesamte bisher vertretene Planungspraxis in Frage stellen, die nach wie vor den Anspruch erhebt, eine geregelte Stadt- und Flächennutzungsplanung nach westlichen Planungsstandards zu betreiben. Schon lange aber hat die Wirklichkeit diesen Anspruch überholt: die Städte werden der täglichen Landnahme durch illegale, meist verarmte Siedler nicht Herr. Eine der typischen Reaktionen der Behörden ist es, die Siedler schlicht und einfach nicht wahrzunehmen und sie soweit wie

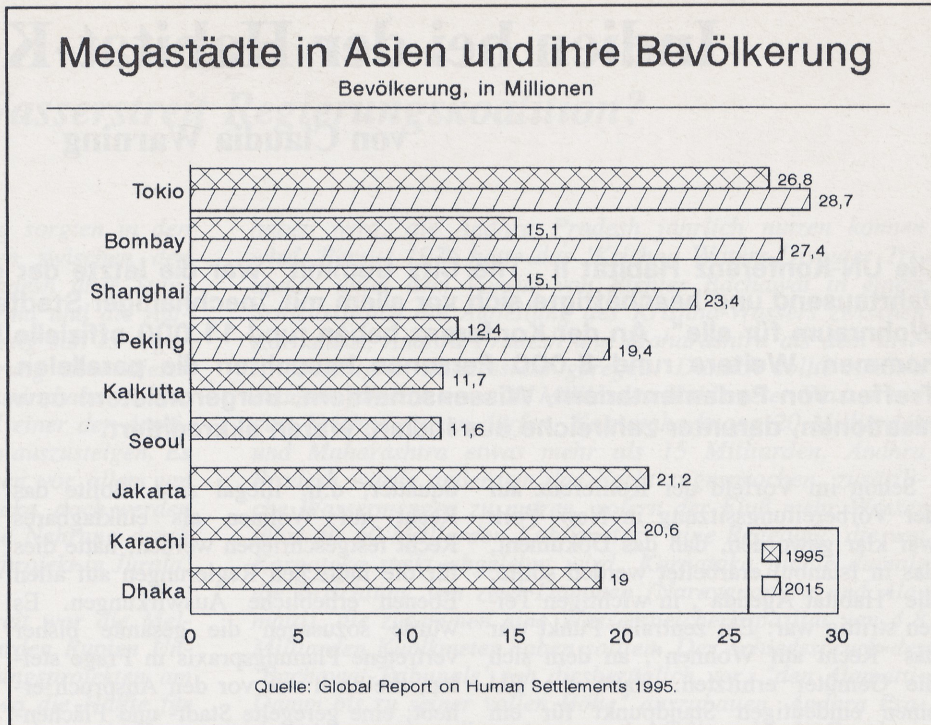
möglich zu ignorieren - frei nach Christian Morgenstern "Was nicht sein darf, kann auch nicht sein." Es ist eine politische Entscheidung, diese illegalen Hütensiedlungen für nicht existent zu erklären und sie dann auch nicht mit städtischer Infrastruktur zu versorgen. Für die Siedler hat das fatale Folgen: Sie müssen selber zusehen, wie sie ihre Wasserversorgung und -entsorgung sicherstellen, wie sie an sanitäre Einrichtungen kommen, wie sie ihren Müll entsorgen usw. Findige Geschäftemacher haben daher auch eine Lösung gefunden und verkaufen Wasser aus Tankern zu überhöhten Preisen. Schlimmer aber als die unmittelbaren Versorgungsengpässe ist auf Dauer die rechtliche Unsicherheit, die



Bangalore ist die am schnellsten wachsende Stadt in Indien (Foto: T.I. Prabhakar)

die Siedler in die Arme von "Dadas", lokalen Slumlords, treibt, die gegen Schutzgelder die Sicherheit der Siedler vor Vertreibung anbieten. Nicht wenig verdienen auch Polizei und Ordnungshüter daran, wenn sie gegenüber den Siedlern ein Auge zudrücken. Nicht selten sind städtische Abgeordnete in das Geschäft involviert, die sich gegen politisches Wohlverhalten für eine bestimmte Siedlung einsetzen. Ihnen steht zusätzlich oft noch ein Budget zu Verfügung, mit dem sie Wahlgeschenke in Form von Wasserleitungen, Toilettenhäuschen oder ähnlichem machen können. Dazu kommt, daß Squattersiedlungen oft auf Gelände errichtet werden, das von ihren Eigentümern freigehalten wird, um zu einem späteren Zeitpunkt von steigenden Landpreisen begünstigt zu sein. Squatter also sind ein Geschäft, an dem unterschiedliche Personen, auch solche mit politischer Entscheidungsbefugnis, partizipieren. Das Interesse, die Rechtssituation der Siedler zu stärken, ist also schon von daher gering. Dennoch wäre dies der erste Schritt, um die Eigeninitiative und den Willen von Siedlern zu stärken, die Verbesserung ihrer Wohn- und Wohnumfeldsituation in die eigene Hand zu nehmen. In den Slums sind die Folgen eines solchen Schritts deutlich zu sehen: Dort, wo über Programme und andere Maßnahmen Rechtssicherheit geschaffen ist, haben Bewohner erhebliche Mittel in die Verbesserung ihres Quartiers investiert und, was sicherlich ebenso wichtig ist, haben sie Unabhängigkeit und politisches Selbstbewußtsein gewonnen und sich weitgehend unabhängig von "Beschützern" aller Art gemacht.

Auf der anderen Seite ist es verständlich, wenn eine Regierung sich nicht durch wildes Siedlertum wichtige Steuerungsfunktionen, die sie auch wahrnehmen muß, aus der Hand nehmen lassen will. Squattertum in dem Ausmaße, wie es in verschiedenen indischen Städten vorkommt, verhindert tatsächlich eine vernünftige Landbevorratungs- und Infrastrukturpolitik. Auch würde ein einklagbares Recht auf Wohnen zu Kosten führen, die nicht abzusehen sind. Dennoch: Die Leidtragenden der Misere sind allemal die Squatter, die wegen der Preise vom formellen Wohnungsmarkt ausgeschlossen sind und denen meist gar keine andere Wahl bleibt, als sich illegal irgendwo anzusiedeln. So hat der indische Vertreter im Plenum der Konferenz in Istanbul daher auch ganz klar formuliert, daß "unangemessener Wohnraum und städtische Unterbeschäftigung direkt mit Armut verbunden sind". Das Problem ist also erkannt, aber die Geister scheiden sich an den Lösungsansätzen. Der nun in Istanbul gefundene Kompromiß sieht ein nach und nach zu verwirk-



lichendes Recht auf Wohnen vor, das allerdings nicht einklagbar ist.

Dezentralisierung

Hat die indische Regierung sich beim Recht auf Wohnen als Bremser in der Konferenz betätigt, so gehörte sie innerhalb der Entwicklungsländer eher zu den Progressiven, als es um die Frage des Prinzips der Dezentralisierung ging. Viele der Entwicklungsländer standen dieser Forderung sehr skeptisch gegenüber, ist ihre Umsetzung doch mit einem Verlust an Macht und finanziellen Mitteln auf der nationalen Ebene verbunden. Indien hat hier mit seiner 73. und 74. Ergänzung zur Verfassung von 1992 einen wichtigen Schritt hin zur Dezentralisierung auf Städte und Kommunen und lokale Selbstverwaltungen getan. Fortschrittlich mutet auch die Regelung an, daß Frauen durch eine 30 Prozent Quote eine Stimme in den städtischen Parlamenten gesichert werden soll. In der Tat ist Stadtentwicklung, Wohnungsbau und räumliche Planung in der Zuständigkeit der Länder, und erst seit Anfang der 90er Jahre gibt es auch eine Nationale Wohnungsbaupolitik, die jedoch keine bindende Wirkung für die Rechtslage in den Ländern hat. Die Rede des indischen Vertreters in der Plenumsveranstaltung in Istanbul, des Staatssekretärs für Wohnungsbau und Armutsbekämpfung, spricht eine deutliche Sprache: "Ein effizientes, verantwortliches, transparentes und beteiligungsorientiertes Management auf der lokalen Ebene ist eine *conditio sine qua non* für nachhaltige menschliche Siedlungen." Dazu gehört nach seiner Ansicht auch

die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen.

Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen

Diese im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern offene Programmatik ist jedoch in der Realität noch nicht eingelöst. Tatsache ist, daß gesellschaftliche Gruppen in Indien große Freiheiten und Bewegungsräume haben und diese auch ausnutzen und viel experimentieren. Nicht von ungefähr sind acht indische Gruppen bei dem für Istanbul ausgeschriebenen Wettbewerb um die "Beste Praxis" unter die hundert besten Beispiele weltweit gekommen (vgl. hierzu auch Beitrag von Eric Töpfer in 'Süd-asien', 6/96). Jedoch bleibt die Praxis weit hinter den Absichtserklärungen der Regierung zurück. Warum z.B., so fragt die Leiterin der Bombayer Nichtregierungsorganisation SPARC Sheela Patel, ist es nicht möglich, eines der hochgelobten Building Centres (Versuchs- und Produktionszentrum für preiswertes und angepaßtes Baumaterial) der staatlichen 'Housing and Urban Development Cooperation' (HUDCO) in einem der größten Slums Bombay anzusiedeln: "Was bedeutet schon die Erarbeitung von innovativen und preiswerten Baustoffen, wenn sie nicht vor Ort zugänglich sind und wenn nicht die neuen Ideen und Erfahrungen der "Häuslebauer" in den Slums gleich im Building Centre aufgenommen und umgesetzt werden?" "Was," so Patel, "heißt dann hier konkret Beteiligung? Wenn sie nur theoretisch und nicht auch räumlich umsetzbar ist, hat dies wenig Wert für uns". Dies

ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie die Praxis hinter der Theorie und den politischen Anforderungen zurückbleibt. Für Patel ist es klar: Sie müssen in einen Dialog mit der Regierung und Verwaltung auf allen Ebenen treten, wollen sie die Praxis ändern "Die meisten NRO wissen, wie man kämpft, aber sie wissen nicht, wie man verhandelt"; und ihr Mitstreiter Jockim macht deutlich: "Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, wir müssen zeigen, daß es geht, wie es geht und daß wir in der Lage und diszipliniert genug sind, Verantwortung zu übernehmen."

Auch die 'Self Employed Women's Association' aus Ahmedabad, die in Istanbul unter die ersten 12 Preisträger des Best Practices Wettbewerbes kam, ist stolz auf die Unabhängigkeit ihrer Bank, bei der die Mitglieder sparen kön-

nen und Kredite erhalten. Die Bank hat marktübliche Kreditkonditionen und so den Nachweis erbracht, daß arme Frauen aus dem informellen Sektor nicht nur gute Bankkunden sind, sondern auch erfolgreiche Unternehmerinnen. Zusammen mit dem Exposureprogramm der Deutschen Kommission Justitia et Pax arbeitet SEWA zur Zeit an einem innovativen Konzept von Kapitalbildungsprozessen bei lokalen Spar- und Kreditgruppen, welches sie dann im größeren Rahmen diskutieren wollen.

Diese Beiträge der Nichtregierungsorganisationen, die in Istanbul auch deutlich wurden, war dann vielleicht auch einer der größten Erfolge und das beste Ergebnis von Istanbul. Trotz der Klagen über eine weitere Mammutkonferenz, bei der nichts als Papier herauskam, haben die Nichtregierungsorganisationen in

Istanbul eine noch nicht dagewesene Rolle in der Diskussion und den Verhandlungen gespielt. Und sie haben sie gut gespielt: vorbereitet, mit klaren Zielvorstellungen, vernetzt und diszipliniert. Der Women's Caucus, der Zusammenschluß der Frauenorganisationen, ist hier besonders hervorzuheben. Dieses inoffizielle Ergebnis von Istanbul wird prägend für die weitere Zusammenarbeit von Regierungen und Zivilgesellschaft sein und vielleicht die nachhaltigsten Wirkungen zeigen.

Dr. Claudia Warning ist Referentin im Exposure- und Dialogprogramm der Deutschen Kommission Justitia et Pax und stellvertretende Vorsitzende der Indienhilfe Sieburg Prem Sadan e.V.

Treffen junger Sozialisten in New Delhi

von Klaus Voll

Nach Angaben der Veranstalter nahmen Mitte August 20.000 meist jüngere Anhänger der 'Janata Dal' aus allen Landesteilen in New Delhi an einem Treffen der Jugendorganisation der Partei teil. Den Höhepunkt bildete die Abschlußveranstaltung der 'Yuva Janata Dal' im überfüllten Talkatora Indoor Stadium. Dort versammelten sich Vertreter eines anderen Indien, nicht unähnlich den Teilnehmern großer Demonstrationen der indischen Linken. Nur unter schweren Sicherheitsauflagen konnte der Andrang der Jugendlichen kontrolliert werden. Die höchstens 5.000 Menschen fassende Halle erwies sich als viel zu klein.

In elf Resolutionen stellten Indiens Jungsozialisten verschiedenste Forderungen zur Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Sie sprachen sich für Schutzmaßnahmen zugunsten von Heim- und Kleinindustrien sowie traditionellem Handwerk aus. Trotzdem konzedierten sie, daß "die Liberalisierung der Wirtschaft qualitative und quantitative Verbesserungen der Produktion erbracht habe". Multinationale Unternehmen sollten, - abweichend von der aktuellen Politik der 'United Front'-Regierung -, jedoch daran gehindert werden, im Konsumgütersektor zu investieren. Da das Beschäftigungspotential im öffentlichen Sektor zurückgeht, forderte der nationale

Konvent Reservierungen für Angehörige der Dalits und der Gruppe der 'Other Backward Castes' (OBC) in Organisationen des privaten Sektors; arbeitslose Jugendliche sollten ein Arbeitslosengeld erhalten.

Die Delegierten sprachen sich für eine intensive Elektrifizierung der Dörfer aus, die immer noch im "Laternen-Zeitalter" verharren müßten. Bemitleidenswerte Wohnverhältnisse, das Fehlen öffentlicher Hygiene auf dem Lande, vor allem zu Lasten der Frauen, seien neben Bewässerungsprogrammen für die Landwirtschaft Hauptaufgaben des nationalen Wiederaufbaus.

In Ihrer Resolution zur Beteiligung von Frauen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft heißt es: "Die Frage der Frauenrechte ist eng verbunden mit Klassenunterdrückung, sexueller Ausbeutung, staatlicher, polizeilicher sowie bürokratischer Repression, Kasten- und religiösen Vorurteilen und patriarchalischen Einstellungen. Diese Faktoren wirken sich negativ auf die politische Ermächtigung der Frauen aus. Bislang wurden Frauenfragen als soziale Wohlfahrtsfragen behandelt. Frauen werden oft nur als potentielle "Stimmenbanken" betrachtet und nicht als gleichberechtigte politische Partner. Diese Lage muß geändert werden."

Indiens Jugend, frustriert und ent-

täuscht, sei ziellos in der sich verändernden "feudalen Gesellschaft" der 90er Jahre. Ein gewählter "nationaler Jugendrat" müsse sich mit den Problemen der Jugend befassen. Auch innerhalb der 'Janata Dal' sollte die Jugend besser als bisher vertreten sein.

Die 'Janata Dal' bot ihren Präsidenten Laloo Prasad Yadav, Eisenbahnminister Ram Vilas Paswan, den Chef der Planungskommission und Ex-Finanzminister Professor Madhu Dandavate, Ex-Premier V.P.Singh und vor allem Premierminister Deve Gowda als Redner auf. Ram Vilas Paswan, auch Präsident der atheistisch orientierten 'Dalit Sena' (Armee der Dalits) setzte sich im Stile eines Volkstribunen vehement dafür ein, daß religiöser Pluralismus die Kräfte eines "Hindu Rashtra" (Macht der Hindus) zurückdrängen müsse. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß Indien das Land aller Religionsangehörigen und nicht nur der Hindus sein müsse. Paswan forderte perspektivisch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Indien und Pakistan. Madhu Dandavate, erinnerte an Jayaprakash Narayan, die große Leitfigur des jugendlichen Aufbruchs der siebziger Jahre und forderte die Jugendlichen auf, ein "neues Indien" zu schaffen. V.P.Singh, der einträchtig und demonstrativ neben Deve Gowda saß, forderte im Stile eines "großen Lehrers"